

Praxisbericht Track #6

Deadline: 17.9. / Umfang: 7-15 Seiten / 19.10.-22.10. / TN-Beitrag

“Berliner Initiative sagt Bildungsungerechtigkeit den Kampf an und organisiert Gegenmacht zur neoliberalen Hegemonie!”

Philipp Dehne & Anne Zetsche

Einleitung

Am Anfang vom Verein Schule in Not stand Philipps Arbeit als Lehrer in einem Berliner Kiez mit hoher Armutbelastung. Und obwohl er sich ganz bewusst dafür entschieden hatte, kamen ihm immer mehr Zweifel. “Mache ich hier eigentlich gute Bildungsarbeit oder verwalte ich hier nur Missstände und Mangel?” Die meisten Schulen in so gut wie jedem Berliner Bezirk kämpfen aber tagtäglich mit denselben Problemen und versuchen eben diese einzeln zu lösen. So reifte die Erkenntnis: Strukturelle Probleme müssen strukturell und schulübergreifend gelöst werden. Wider die neoliberale Erzählung, dass jede Schule in ihrem Mikrokosmos selbst verantwortlich ist. So wie auch jeder Mensch für seinen/ ihren Bildungserfolg allein verantwortlich ist. Philipp suchte Gleichgesinnte und bald war die Idee für eine erste Kampagne für “Saubere Schulen” geboren. So kam auch Anne dazu. Das führte zu einer Vernetzung von zwei Bezirken, die nicht unterschiedlicher sein könnten. Neukölln mit Brennpunktschulen und Charlottenburg-Wilmersdorf mit dem Luxusshopping auf Kurfürstendamm und bürgerlichen Villen im Grunewald. Und doch haben die Schulen in beiden Bezirken die gleichen Probleme: Sie sind schmutzig, bieten zu wenig Platz und leiden unter Personalmangel. Über unser Engagement sind wir unterdessen auch zur parteigebundenen Kommunalpolitik gekommen und vertreten Die LINKE in der Neuköllner und der Charlottenburg-Wilmersdorfer Bezirksverordnetenversammlung.

Berlins öffentliche Infrastruktur ist vielleicht in besonderem Maße von neoliberaler Austeritätspolitik gezeichnet, von outgesourcten Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bildungsungerechtigkeit und die Bildungskrise zeigen sich in einer Millionenstadt gravierender als anderswo.

Der Effekt: In keinem Bundesland ist die soziale Mobilität durch Bildung so schlecht wie in Berlin. 22 Prozent des Schulerfolgs von Grundschüler:innen können durch die soziale Herkunft erklärt werden, heißt es im IQB-Bildungstrend, einer Publikation einer unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtung der Länder.

Auch Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationsgeschichte sind nirgends so stark von Bildungsungleichheit betroffen wie in Berlin und Brandenburg. Und das, obwohl in keinem anderen Bundesland so viel Geld pro Schüler:in ausgegeben wird wie in Berlin: 14.200 Euro pro Schüler:in im Schuljahr 2022/23. Im deutschen Durchschnitt liegt der Wert bei 9900 Euro.

Der nun folgende Bericht über unsere Arbeit seit 2019 wird sich grob in drei Teile untergliedern. Die ersten beiden widmen sich den beiden Kampagnen: (1) “Saubere Schulen” - das ist die von uns angestoßene und gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) getragene Kampagne zur Rekommunalisierung der Schulreinigung in den 12 Bezirken Berlins und (2) “Schule muss anders” - das ist unsere zweite und größere Kampagne, die sich einerseits auf eine größere Bündnisstruktur stützt, vor allem aber alle von Schule Betroffenen - Beschäftigte, Schüler:innen und Eltern - zusammenbringt und die sich dem eklatanten Personalmangel und der Ungerechtigkeit im Berliner Schulsystem widmet. Im dritten Teil wollen wir über unsere Erfahrungen reflektieren. Was ist uns bisher gut gelungen? Wo gibt es Probleme? Wie können wir mit den veränderten politischen Machtverhältnissen seit der Wiederholungswahl des Abgeordnetenhauses im Februar 2023 (die rot-grün-rote Koalition aus SPD, Grünen und Die Linke wurde von einer schwarz-roten aus CDU und SPD abgelöst) in Berlin umgehen und der Umsetzung unserer Forderungen näherkommen? Wie ist uns die Ausweitung auf die bundesweite Ebene gelungen?

Kampagnen

“Saubere Schulen”

Seit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl in den 1980er Jahren setzte sich in Deutschland die Überzeugung durch, dass sich die chronisch leeren öffentlichen Kassen durch die Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastruktur füllen lassen – und, dass Dienstleistungen dadurch auch grundsätzlich besser und billiger würden. Beispiele dafür sind etwa der Verkauf von kommunalen

Wohnungsbeständen, Krankenhäusern, Wasser- und Elektrizitätswerken und eben auch die Reinigung von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden. So wurde auch in Berlin seit den 1970er Jahren und verstärkt seit den 1990er Jahren die Schulreinigung in den Bezirken privatisiert.

Heute werden die Reinigungsaufträge alle paar Jahre neu ausgeschrieben. Meist bekommen die billigsten Firmen den Zuschlag. So unterbieten sich die privaten Reinigungsunternehmen sich gegenseitig. Zeitdruck und Stress werden an die Reinigungskräfte weitergegeben, Gewinne nicht. Ergebnis dieser Praxis ist aber keine bessere Dienstleistung, sondern schlechter Lohn, prekäre Arbeitsbedingungen für die Reinigungskräfte gepaart mit schlechter Qualität und Unzufriedenheit bei allen direkt Betroffenen. In einigen Städten Deutschlands wurde das Rad deshalb schon wieder zurückgedreht. Freiburg, Dortmund, Bochum, Grevenbroich haben die Gebäudereinigung zurück in kommunale Verantwortung geholt, haben rekommunalisiert. Dafür, dass das auch in Berlin passiert, kämpfen wir mit anderen Aktiven seit 2019. Wir brauchen einen langen Atem und seit der Wiederholungswahl im Februar 2023 ist mit der CDU in der Regierung ein uphill battle daraus geworden...

Wie der Markt privater Firmen die Reinigung von Schulen regelt

Eltern kommen in Berlin regelmäßig zu Putztagen in die Schulen, manche Kinder trinken in der Schule kaum, um nicht auf die völlig verdreckten Toiletten gehen zu müssen und Hausmeister:innen und Schulleitungen verbringen Stunden damit, Beschwerden zu schreiben, die oftmals von den Bezirksämtern ignoriert werden. Und Reinigungskräfte berichten von unbezahlten Überstunden und immer weniger Zeit für zu große Flächen. Schlechte Reinigung an Schulen ist ein berlinweites Problem. Die Berichte von Betroffenen schwanken zwischen »katastrophal« und »gut ist anders«. Beschwerden über dreckige Schulen und schlechte Arbeitsbedingungen in der Schulreinigung gibt es bereits seit Jahren. Trotzdem änderte sich lange Zeit nichts. Wir haben Eltern getroffen, die sich quasi die gesamte Schullaufzeit ihrer Kinder mit dem Thema beschäftigt haben.

Daran wollten wir was ändern

Die Grundideen der Kampagne sind einfach: Wir beziehen die Leute ein, die im Umfeld von Schule arbeiten oder selbst mit Schule zu tun haben – Lehrkräfte, Erzieher:innen, Eltern, Schüler:innen, Hausmeister:innen oder Reinigungskräfte – und bringen sie zusammen. Dazu arbeiten wir schul- und bezirksübergreifend. Schließlich handelt es sich nicht um Einzelfälle an bestimmten Schulen, sondern um strukturelle Probleme. In der Vergangenheit hatten meist

einzelne Eltern oder Gruppen an einer Schule versucht, die Reinigungssituation vor Ort zu verbessern, oft ohne viel Erfolg. Denn strukturelle Probleme brauchen gemeinschaftliche und schul- und bezirksübergreifende Ansätze.

Die Basis unserer Arbeit war und ist das direkte Gespräch. Insbesondere am Anfang unserer Kampagnenarbeit sind wir an Schulen gegangen und haben dort mit den Betroffenen und Interessierten der verschiedenen Gruppen gesprochen. Ein wichtiges Anliegen ist, mit den Menschen in Kontakt zu bleiben und sie zu ermuntern, selbst aktiv zu werden. Und unsere Erfahrung hat gezeigt: Sehr viele Menschen wollen sich einbringen!

Hauptwerkzeug unserer Kampagne »Saubere Schulen« waren direktdemokratische Beteiligungsformate auf kommunaler Ebene – Bürgerbegehren und Einwohneranträge. Das sind Unterschriftensammlungen, an die ein formales Verfahren geknüpft ist und mit denen man die Bezirke zur Auseinandersetzung mit lokalpolitischen Themen zwingen kann. Entscheidend für unsere Arbeit ist, dass wir diese Unterschriftensammlungen genutzt haben, um Menschen mit einzubeziehen, so dass sie selbst aktiv werden können. Von den berlinweit über 25.000 Unterschriften für »Saubere Schulen« haben wir Aktivist:innen nur einen Teil selbst gesammelt. Den weitaus größeren Anteil haben Eltern, Lehrkräfte und Bürger:innen an ihren Schulen, bei Weihnachtsmärkten, Schulbasaren oder im privaten Umfeld eingeholt. Auch bei den Demonstrationen, die wir organisiert haben, hatten wir eine rege und bunte Beteiligung: Reinigungskräfte und Schulleitungen, Schüler:innen und Lehrkräfte. Die Wortbeiträge auf unseren Demos waren meist mehrsprachig.

Auch bei den Gesprächen, die mit Bezirkspolitiker:innenn stattfanden, haben wir immer versucht, Betroffene selbst zu Wort kommen zu lassen und Räume zu schaffen, in denen nicht nur Eltern, sondern auch Reinigungskräfte politischen Entscheidungsträger:innen direkt gegenüber sitzen. Dass wir an diesem Anspruch auch manchmal gescheitert sind, hat viele Gründe. Als zentral erscheint uns hierbei die Angst, die bei vielen Kolleg:innen in der Reinigung herrscht. Mit uns reden sie gerne. Doch viele trauen sich nicht, mit den Medien oder auch nur halböffentlich mit Bezirkspolitiker:innen zu sprechen. Zu groß ist die Angst, dass sie ihren Job verlieren könnten, wenn der Arbeitgeber das mitbekommt.

Was als Kampagne für »Saubere Schulen« im Sommer 2019 in Neukölln begonnen hat, hat innerhalb von ungefähr zwei Jahren fast im ganzen Stadtgebiet, immerhin in 9 von 12 Bezirken Unterstützer:innen gefunden. Wir haben es geschafft, das Thema Rekommunalisierung in Berlin zum öffentlichen Thema zu machen, für das sich viele

Menschen begeistern. Hauptstadtpresse und Fernsehbeiträge vom Rundfunk Berlin Brandenburg (rbb) oder auch Monitor (WDR) haben darüber wiederholt berichtet. Die Gewerkschaften – der DGB, ver.di, die GEW und IG BAU – unterstützen unsere Forderung nach der Rekommunalisierung der Schulreinigung mittlerweile offiziell und wir arbeiten bei der Kampagne gut und eng zusammen.

Seither haben wir politisch einiges erreicht. Auf kommunaler Ebene haben in acht von zwölf Berliner Bezirken Kommunalparlamente bereits beschlossen, dass die Reinigungskräfte für die Schulen wieder im Bezirk angestellt werden sollen. Außerdem hat unser Druck dazu geführt, dass für das Doppeljahr 2020/21 zusätzliche 16 Millionen Euro für eine bessere Schulreinigung zur Verfügung gestellt wurden. Geld, von dem in der Corona-Zeit zusätzliche Reinigungen für die Berliner Schulen finanziert wurden. [Diese zusätzliche Reinigung hat der neue Senat für den Doppelhaushalt 2024/2025 schon wieder kassiert]. Auch die Landesebene kam irgendwann an dem Thema nicht mehr vorbei. So hatte die rot-rot-grüne Koalition der letzten Legislatur einen regelmäßig tagenden »Runden Tisch Schulreinigung« einberufen, an dem wir regelmäßig teilgenommen haben. DIE LINKE, die Grünen und auch die SPD haben die Forderung nach der Rekommunalisierung nicht nur in ihre Wahlprogramme für die Abgeordnetenhauswahl 2021 geschrieben, danach haben sie sich auch in ihrem Koalitionsvertrag für die Umsetzung unserer Forderung ausgesprochen. Leider bedeutete das aber nicht, dass die Rekommunalisierung damit zum Selbstläufer wurde. In der Folgezeit mussten wir lernen, dass dieses Projekt nicht unbedingt Top-Priorität in den Koalitionsfraktionen genoss und wir weiter Druck machen mussten, vor allem mit Öffentlichkeitsarbeit, also zusehen, dass wir per Pressekonferenzen das Thema am Kochen halten konnten. Das war und ist eine riesige Herausforderung. Und die ist mit der neuen schwarz-roten Koalition nicht kleiner geworden. Das hat auch mit schwindender *human power* in unseren Reihen zu tun. Auf diese Probleme gehen wir dann aber noch im letzten Teil unseres Praxisberichts ein.

“Schule muss anders”

Von Beginn an war klar, dass auf die Kampagne zur Rekommunalisierung der Schulreinigung eine weitere, größere Kampagne folgen sollte, die den Personalmangel und die Ungerechtigkeit im Berliner Schulsystem thematisiert. Die erste Kampagne war zentral, um wichtige Erfahrungen bei der Organisation von Gegenmacht zu sammeln, aber auch Strukturen aufzubauen, um schließlich im April 2021 die Bildungskampagne „Schule muss anders“ zu starten.

Auch diese Kampagne hat das Ziel, durch konkrete Kämpfe und Kampagnen der neoliberalen Hegemonie etwas entgegenzusetzen und eine Gegenmacht aufzubauen. Das Berliner/deutsche Schulsystem wurde und wird ebenso wie andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge kaputtgespart. Dabei hatte Deutschland sich 2008 auf dem Dresdner Bildungsgipfel dazu verpflichtet, deutlich mehr für Bildung auszugeben mit der Zielmarke von jährlich 10% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung & Forschung. Diese Zielmarke war problematisch, weil sie im Gegensatz zu internationalen Vergleichsgrößen der Bildungsfinanzierung auch private Bildungsausgaben einrechnet. Aber selbst durch diesen Rechentrick wurde das angestrebte Ziel in keinem einzigen Jahr erreicht. Es haben sich in Bezug auf das selbst gesteckte Ziel Minderausgaben im dreistelligen Milliardenbereich angehäuft. Und wenn Deutschland anteilmäßig so viel für die öffentliche Bildung ausgeben würde, wie es der Spitzenreiter Norwegen macht, müsste Deutschland jährlich ca. 120 Mrd. € zusätzlich in diesen Bereich investieren. Doch der politische Wille fehlt.

Schulen und Beschäftigte sollen immer mehr Aufgaben in immer weniger Zeit leisten. Das veraltete, segregierte und unterausgestattete System trifft auf einen immer größer werdenden Mangel an Lehrkräften sowie Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen. Anstatt die Ausbildung von ausreichend gut und zeitgemäß ausgebildeten Lehrkräften und weiterem pädagogischen Personal zu organisieren, sind die deutschen Bundesländer untereinander in einen harten Abwerbewettbewerb um „das knappe Gut“ Lehrkräfte getreten.

Die Kampagne „Schule muss anders“ verfolgt den Ansatz, bildungsbetroffene Menschen über konkrete Forderungen und Auseinandersetzungen zusammenzubringen, zu organisieren und so eine Bildungsbewegung aufzubauen. Die Grundidee dabei ist einfach, aber schlagkräftig. Wir bringen Schulbeschäftigte, Schüler:innen, Eltern und Lehramtsstudierende zusammen, um der Erzählung von Austerität und Individualisierung eine Gegenhegemonie mit den Schwerpunkten Solidarität, Bildungsgerechtigkeit und öffentliche Daseinsvorsorge entgegenzusetzen.

Wir haben die Kampagne sehr bewusst im April 2021, ca. ein halbes Jahr vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus gestartet. Denn wir arbeiten mit Kampagnenplänen, die auf konkrete politische Entscheidungsfenster abzielen. Der Koalitionsvertrag und die anschließenden Haushaltsverhandlungen waren solch ein Entscheidungsfenster. Unsere Kampagne beruhte auf vier Forderungen. Uns ist es gelungen, dass drei dieser Forderungen im Koalitionsvertrag verankert wurden: eine Ausbildungsoffensive für Lehrkräfte, die zusätzliche Unterstützung von Schulen durch multiprofessionelle Teams und eine

unabhängige Beschwerdestelle für den Bereich Inklusion und Antidiskriminierung. Allein für die zusätzliche Ausbildung von Lehrkräften haben wir für den Zeitraum 2023-2025 51 Mio. € zusätzlich erkämpft. Auch für multiprofessionelle Teams und die Beschwerdestelle sind zusätzliche Gelder im einstelligen Millionenbereich zur Verfügung gestellt worden. Diese Erfolge haben wir durch Mehrebenenaktivismus, Bündnisarbeit z.B. mit Gewerkschaften, durch angewandte Organizing-Methoden, einem klaren Kampagnenplan und einer guten Mischung aus politischer Druckkampagne und direkten, oft öffentlichen Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger:innen erreicht. Zu unseren Aktionsformen zählten Demonstrationen, Aktionswochen an Schulen, eine Mehrheitspetition, Town-Hall-Meetings, gezielte Presse- und Social-Media-Arbeit und vor allem möglichst niedrigschwellige Mitmachangebote für die verschiedenen Gruppen von Bildungsbetroffenen.

Reflexion/ Schluss

Die bisherige Kampagnenarbeit reicht noch nicht aus, um die neoliberale Hegemonie im Bildungsbereich zu überwinden, aber die handfesten Erfolge sind wichtige Bausteine auf dem Weg zum Aufbau einer Gegenhegemonie. Bei vielen Aktiven in der Kampagne haben diese Erfolge dazu geführt, dass sie aus einer Resignation mit den bestehenden Zuständen herauskommen, wieder Hoffnung für einen alternativen Weg schöpfen und selbst in Aktion kommen.

Die Rekommunalisierung der Schulreinigung haben wir noch nicht durchgesetzt. Aktuell stehen wir wieder vor Kürzungen im Berliner Haushalt: im Bildungsbereich und im Bereich des Sozialen. Wir erleben ein Wiedererstarken der Austerität. Die Schwarze Null regiert auf Bundes- wie auf Landesebene. Das ungerechte Steuersystem ist weiterhin intakt und sehr mächtig. Für die großen Verteilungsfragen braucht es Kämpfe auf der Bundesebene. Die Herausforderung für linke, progressive Kräfte besteht darin, den Protest um die öffentliche Daseinsvorsorge in Berlin mit anderen Bereichen (Pflege, Wohnen) zu verbinden und in einem zweiten Schritt bundesweit so zu stärken, dass zu den Bundestagswahlen 2025 präzise und mächtige Forderungen von unten ein echtes Gegenangebot machen, das die neoliberale Hegemonie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch in Frage stellt.

Für politische Arbeit braucht man einen langen Atem. Aber die ersten wichtigen Schritte sind wir gegangen, haben unsere Themen auf die politische Agenda von immerhin drei Parteien in

Berlin gesetzt. Diese ersten Schritte zeigen, dass in manchen Bereichen die herrschende finanzpolitische Orthodoxie zumindest ins Wanken gebracht werden kann. Denn Sauberkeit in der Schule und die damit verbundenen Arbeitsbedingungen derjenigen, die die Schulen putzen, ist ein Anliegen, das viele verschiedene Berufs- und Bevölkerungsgruppen über Klassen und Milieus hinweg verbindet. Letztlich ist die Rekommunalisierung und Bildungsgerechtigkeit eine Frage der gesellschaftlichen Solidarität – ein Wert, der in den Jahren der neoliberalen Austeritätspolitik unter die Räder gekommen ist, genauso wie der Anspruch, dass Aufgaben der Daseinsfürsorge nicht den Prinzipien des Marktes untergeordnet, sondern verlässlich von der öffentlichen Hand gewährleistet werden sollten. Dem etwas entgegenzusetzen, ist keine einfache Aufgabe. Das haben wir seit 2019 zur Genüge erfahren. Zu Beginn schlug uns Hoffnungslosigkeit und Resignation ob der bestehenden Umstände entgegen. Die Mär der leeren öffentlichen Kassen haben viele verinnerlicht. Von der Schulleitung, die lieber die Eltern und Lehrkräfte regelmäßig zum Putzen einspannt als mit dem Bezirksamt zu kämpfen, über die Eltern, denen Rekommunalisierung zu sehr nach Sozialismus klingt, bis hin zu den Bezirksverordneten und Mitarbeitenden der Bezirksamter, die achselzuckend sagen, dass nun mal kein Geld da sei. Doch je länger unsere Kampagne läuft, desto mehr Hoffnung spüren wir. »Endlich, die Zeit des Abwartens ist vorbei«, schrieben uns Eltern. Was wir gemeinsam in wenigen Jahren auf die Beine gestellt haben, macht Mut. Mut für all jene, die gesellschaftliche Missstände kennen, aber der Meinung sind, »dass sich sowieso nichts ändert«; »dass die Ottonormalbürger:innen sowieso keinen Einfluss hat.« Für die Aktiven von »Schule in Not« gehören die Kampagne »Saubere Schulen« und »Schule muss anders« jedoch zu den ermutigsten Erfahrungen der letzten Jahre. Denn sie haben gezeigt, dass wir uns als Berliner:innen sehr wohl bei denen, die politisch verantwortlich sind, Gehör verschaffen können. Und es fühlt sich verdammt gut an, mit ein paar Dutzend Mitstreiter:innen in einer Millionenstadt wie Berlin etwas zu bewegen.